

## Die Finnen und die Stasi

### Eine gemeinsame Vergangenheit, die Berührungsängste weckt

Kimmo Elo

Im Jahre 2000 wurden erste Hinweise in der finnischen Öffentlichkeit bekannt, nach denen einige Finnen Informationen an das Ministerium der Staatssicherheit der DDR geliefert hätten. Als Forscher mit dem Schwerpunkt Deutschland wäre es für mich erstaunlicher gewesen, wenn es *keine* Zusammenarbeit zwischen Finnen und der Stasi gegeben hätte. Es genügt ein Blick auf die bekannten Spionagefälle außerhalb Deutschlands, um festzustellen, daß die Stasi über ein breites Netz von Informanten in Europa verfügte. In Anbetracht der geopolitischen Lage Finnlands zwischen Ost und West samt den guten Beziehungen zur UdSSR, sollte es noch weniger überraschen, daß die Stasi hier gewisse Interessen verfolgte.<sup>1</sup>

In diesem Beitrag werde ich zwei Thesen diskutieren, die die Komplexität der finnischen Vergangenheitsaufarbeitung verdeutlichen sollen: 1. Die Problematik hat eine *externe* Ursache, die die Fragestellung beeinflusst und verzerrt: den Kollaps der sozialistischen Systeme in Europa. 2. Die Stasi-Problematik weckt politische Berührungsängste, weil sie einer viel größeren Problematik, den Beziehungen zur UdSSR (Stichwort: *Finnlandisierung*), untergeordnet ist. Mit Hilfe dieser Thesen werde ich zu verdeutlichen suchen, warum das Aufarbeitungsproblem auch für den Westen relevant ist.

#### 1. Zum Problem des aufzuarbeitenden Systems

Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist eines der Stichwörter der Diskussionen nach 1989. Jedoch wird diese Aufarbeitung weitgehend als Aufgabe der sogenannten Transformationsgesellschaften betrachtet, die sich auf *nationaler* Ebene mit dem *alten* System auseinander setzen.<sup>2</sup> Obwohl diese Auffassung zwar sowohl für die posttotalitären Gesellschaften in Europa als auch zum Beispiel für Südafrika oder Chile zutreffend ist, ist sie nur von begrenzter Bedeutung für solche Gesellschaften, die *selbst keinen* Systemwechsel durchlaufen haben.<sup>3</sup> Finnland müßte demnach keinen Aufarbeitungsprozeß leisten, da ja kein Systemwechsel stattgefunden hat.

---

<sup>1</sup> Obwohl mein Thema weder die Zusammenarbeit zwischen der Stasi und einigen Finnen noch die Beziehungen zwischen Finnland und der DDR ist, möchte ich auf das bedeutende Forschungsdesiderat hinweisen, das gerade diese Thematik betrifft. Zu den wenigen Forschungen gehört z.B. Jokipii, Mauno: *Finnland und Deutschland im 20. Jahrhundert*, Kuopio 1994; Visuri, Pekka/Forsberg, Tuomas: *Saksa ja Suomi. Pohjoismaiden näkökulma Saksan kysmykseen [Deutschland und Finnland. Eine nordische Perspektive zur deutschen Frage]*, Juva 1992. Soweit ich weiß, arbeitet Professor Seppo Hentilä (Universität zu Helsinki, Finnland/Politische Geschichte) an einer finnischsprachigen Forschung zum Thema „Finnland und die DDR“, deren erster Teil im Jahre 2003 erscheinen wird.

<sup>2</sup> Wolff-Powęska, Anna: *Geschichte im Dienste der Politik. Erfahrungen bei der Bewältigung der Vergangenheit im 20. Jahrhundert*, in: *Osteuropa* 47(1997)3, S. 215229, hier: S. 215.

<sup>3</sup> Als Systemwechsel wird hier jener Transformationsprozeß verstanden, der „definitiv zu einem anderen Systemtypus“ führt (Merkel, Wolfgang: *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, Opladen 1999, S. 75).

Eine „Öffnung“ dieser Auffassung ist notwendig, weil sie fälschlicherweise eine gegenseitige Unabhängigkeit, ja eine Trennung der Akteure der internationalen Politik während des Kalten Krieges voraussetzt. Die internationale Großwetterlage hatte sicherlich Auswirkungen auf die nationale Politik eines Landes, aber auch die verschiedenen nationalen Politiken hatten Auswirkungen auf die internationale Politik. Folgt man dieser Interpretation, dann ist die Aufarbeitung der Geschichte kaum als eine Sache der mittelosteuropäischen Länder zu betrachten – geschweige denn auf sie zu beschränken –, da diese Systeme auch Akteure der internationalen Politik waren. Andernfalls müßte man auch dem Ungarn-Aufstand (1956), dem Bau der Berliner Mauer (1961) oder dem Prager Frühling (1968) jegliche Bedeutung für die internationale Politik absprechen und sie als lediglich *nationale* Ereignisse bewerten.

Es ist also notwendig, die Definition dessen, was aufgearbeitet werden muß, zu erweitern. Gegenstand der Aufarbeitung muß sowohl das eigene, alte System als auch die Auswirkung/der Einfluß eines fremden bzw. übernationalen Systems auf das eigene, weiterhin bestehende System sein. Diese Öffnung hat weitreichende Folgen, besonders für den Westen, der sich oft als „Sieger der Geschichte“ betrachtet und sich so der Aufarbeitung der nationalen Vergangenheit entzieht, als werfe die eigene Geschichte keine Fragen auf. Die Relevanz dieser doppelten Dimension der Aufarbeitung wird am Beispiel Deutschlands besonders deutlich. Geht man von der These „Zwei Staaten – eine Nation“ für die Jahre 1945/49–1990 aus, dann wird die Aufarbeitung der SED-Diktatur zu einer gesamtdeutschen, das heißt nationalen Angelegenheit. Wird aber auch die Teilung der Nation als Ausgangspunkt gewählt, gerät man mit dieser engen Auffassung in Schwierigkeiten – die Aufarbeitung der SED-Diktatur wäre damit allein Aufgabe derjenigen, die in der DDR gelebt haben. Doch auch die DDR hatte Auswirkungen auf die alte Bundesrepublik, die aber erst mit der erweiterten Auffassung zum Aufarbeitungsprozeß gehören. Will man die deutsche Einheit fördern, sollte man auch das Zusammenwachsen der deutschen Nation unterstützen, unabhängig davon, wie man die Ära des Kalten Krieges beurteilt. Damit ist die Aufarbeitung der SED-Diktatur *de facto* ein gesamtdeutsches Projekt,<sup>4</sup> jedoch mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

## 2. Der Fall Finnland: Phasen einer merkwürdigen Diskussion

Nach der revidierten Auffassung muß sich also Finnland ohne Zweifel mit der Aufarbeitung der Auswirkungen eines fremden Systems auseinandersetzen. Vor und nach dem Jahr 1990 war und ist Finnland eine parlamentarische Demokratie, es gab also keine Transformation im Sinne eines Systemwechsels. In Finnland fand jedoch 1990 eine politische Neuorientierung statt, die eine Aufarbeitung der Vergangenheit nicht einschloß. Die engen Beziehungen zur UdSSR wurden nun gelockert, die Politik war zukunftsorientiert.<sup>5</sup> Die Vergangenheit und insbesondere die Nachkriegsgeschichte

<sup>4</sup> Daß sich dieses Verständnis zumindest teilweise durchgesetzt hat, ist der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages zu verdanken. In ihrem Bericht heißt es: „Die Geschichte und die Folgen der SED-Diktatur in Deutschland politisch aufzuarbeiten, ist *eine gemeinsame Aufgabe aller Deutschen*“ (Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. I: Enquete-Kommission: Anträge, Debatten, Bericht, Baden-Baden 1995, S. 188 [Hervorhebung K.E.]).

<sup>5</sup> Als Einführung in die finnische Außenpolitik seit 1990, vgl. z. B. Northern Dimensions. The Yearbook of the Finnish Institute of International Affairs (bis 1996: The Yearbook of Finnish Foreign Policy), das als Jahrbuch Entwicklungen der finnischen Außenpolitik analysiert.

wurden zur Angelegenheit der Historiker. Eine Geschichtspolitik, in der die Vergangenheit Eingang in gegenwärtige, politische Diskussionen findet,<sup>6</sup> gibt es – zugespitzt formuliert – in Finnland nach 1990 nicht. Bis Herbst 2002 war die Karelien-Frage<sup>7</sup> die einzige politische Diskussion, die geschichtspolitische Züge aufweist.

Im Herbst 2002 aber gab es eine merkwürdige Wende, auf die ich mich in diesem Beitrag konzentriere. Ausgangspunkt waren Hinweise, nach denen der Berater des ehemaligen Präsidenten Martti Ahtisaari, Alpo Rusi, der heute Professor an der Universität zu Lappland in Rovaniemi ist, der Zusammenarbeit mit der Stasi unter Aktenzeichen XV/11/69 und somit der rücksichtslosen Spionage verdächtigt wurde<sup>8</sup>. Bald wurde klar, daß die finnische Schutzpolizei (*Suojelupoliisi*, Abk. *SuPo*), die eine BND-ähnliche Funktion ausübt, mit den Ermittlungen im Falle Rusi schon im Frühling 2002 begonnen hatte.<sup>9</sup> Angeblich kamen die Hinweise auf Rusis Zusammenarbeit aus der sogenannten „Rosenholz“-Liste, auf denen die Namen von insgesamt ca. zehn Finnen/innen zu finden seien. Neben dieser „Rosenholz“-Liste tauchte auch eine zweite Liste mit 20 Namen auf, die sich im Safe der *SuPo* befinden sollte.<sup>10</sup> Unklar ist aber noch immer, ob dieselben Namen auf beiden Listen stehen. Die zweite Liste soll im Jahr 1990 an die *SuPo* geliefert worden sein, deren damaliger Chef, der heutige Generalsekretär des finnischen Parlaments, Seppo Tiitinen, sie mit dem damaligem Präsidenten Mauno Koivisto erörtern haben soll<sup>11</sup>. Sowohl Koivisto als auch Tiitinen vertra-

<sup>6</sup> S. dazu z. B. Wolfrum, Edgar: Geschichte als Politikum – Geschichtspolitik. Internationale Forschungen zum 19. und 20. Jahrhundert, in: Neue Politische Literatur 3 (1996).

<sup>7</sup> Infolge der Kriege gegen die UdSSR (1939–1944) verlor Finnland u. a. Karelien an die UdSSR. Vor 1990 war Karelien ein politisches Tabuthema. Nach dem Ende der UdSSR wurde es wieder aufgegriffen, besonders von Organisationen der Vertriebenen, aber auch von einigen Politikern. Der russische Präsident Putin hat jedoch mehrmals betont, daß die Karelien-Frage endgültig gelöst sei.

<sup>8</sup> Die Person, die sich hinter dem Aktenzeichen XV/11/69 verbirgt, soll insgesamt ca. 100 Dokumente an die HVA geliefert haben, von denen 22 auch heute als „bedeutend“ bewertet werden, so die Nachrichtensendung „*A-Studio*“ des finnischen Fernsehens (am 16.5.2003).

Es sollte darauf hingewiesen werden, daß zwischen 2000 und 2002 mindestens zwei weitere finnische Stasi-Kontakte enttarnt wurden, dies jedoch keine breite Diskussion entfachte. Dabei wurde die Stasi-Problematik in zwei „MOT“-Dokumentationen des finnischen Fernsehens behandelt (Suomalaisopiskelijat Stasin salakuunteluosaston apureina: vakoojien värväystä, urkintaa ja elektronista sodankäyntiä“ [Finnische Studenten als Helfer der Abhörabteilung der Stasi: Agentenwerbung, Spähereien und elektronische Kriegsführung], MOT am 29. April 2002 [aufrufbar unter: <http://194.252.88.3/motweb.nsf/sivut/ohjelma?opendocument&pageid=Content6B6CC>, besucht am: 5. Februar 2003]; Stasi, Suomi ja DDR [Die Stasi, Finnland und die DDR], MOT am 22. Mai 2000 [aufrufbar unter: <http://194.252.88.3/motweb.nsf/sivut/ohjelma?opendocument&pageid=Content9B33D>, besucht am: 5. Februar 2003]).

Kritik kann man jedoch am journalistischen Stil dieser Sendungen üben, die sich nur unzureichend um eine ausgewogene Berichterstattung und Dokumentation bemühten. Die Hintergründe und Kontexte der „dokumentierten“ Ereignisse blieben meist sehr unklar, und nicht selten waren die Beweise für die Vorwürfe wenig fundiert.

<sup>9</sup> Rusi selbst dokumentiert diese Ermittlungen und bestreitet alle Spionagevorwürfe in Suomen kuvalehti, Nr. 37/2002 (13.9.2002), S. 6f., sowie in: Suomen kuvalehti, Nr. 19/2003 (9.5.2003), S. 18–25.

<sup>10</sup> Helsingin Sanomat v. 13.9.2002

<sup>11</sup> Vgl. dazu z. B. Turun Sanomat v. 24.11.2002; Turun Sanomat v. 22.1.2003; Turun Sanomat v. 26.1.2003

ten die Meinung, die Liste bestehe nur aus vagen Hinweisen, bzw. die Namen seien „bedeutungslos“ (Tiitinen).<sup>12</sup>

Bis dahin war der Fall Rusi eher ein *juristisches* Problem. Die Ermittlungen der *SuPo* wurden Mitte Mai 2003 abgeschlossen und das Material an den Staatsanwalt geliefert. Er soll noch vor der Sommerpause die Entscheidung treffen, ob es für eine Anklage reicht oder nicht. Während dieses Prozesses wird also nach dem „prosecute and punish“-Prinzip<sup>13</sup> gehandelt – die Aufarbeitung der Vergangenheit spielt dabei höchstens eine Nebenrolle. Im Spätherbst 2002 erfolgte allerdings die zweite Wende, als sich Olli Rehn, EU-Professor an der Universität zu Helsinki, Mitglied der Zentrum-Partei und ehemaliges Mitglied des europäischen Parlaments (MEP) in die Debatte einmischte. Seine Einwände richteten sich vor allem gegen die *SuPo*, der er unter anderem vorwarf, sie habe die Ermittlungen „seines Freundes Rusi“ absichtlich, unter dem Druck der nahenden Parlamentswahlen im März 2003, verzögert. Rusi sei außerdem eine rechtsstaatliche Behandlung verweigert worden, und die *SuPo* habe nicht gegen weitere Spione (Rehn nannte die Decknamen „Franke“, „Steffen“ und „Pohlmann“) ermittelt. Rehn behauptete weiter, daß die Hinweise auf Ruis Zusammenarbeit nicht auf die „Rosenholz“-Liste zurückzuführen seien, sondern daß Rusi „denunziert“ wurde. Diese Vorwürfe verband Rehn mit einer Initiative zu einem „Komitee der Weisen“, das die *SuPo*-Stasi-Listen analysieren sollte.<sup>14</sup> Das gleiche Thema griff auch Heidi Hautala, ein grünes MEP, in ihrer Kolumne in der Tageszeitung *Turun Sanomat* auf, in der sie gleich zwei „Wahrheitskommissionen“ forderte. Die eine solle den Finnlandisierungs-Prozeß betrachten, die zweite die Rolle der *SuPo*, insbesondere in der Nachkriegszeit, erforschen. Als Beispiel für letzteres nannte Hautala die schwedische Untersuchung über die Rolle der *Säkerhetspolisen*, der schwedischen Schutzpolizei.<sup>15</sup>

Im Zusammenhang mit diesen Äußerungen organisierten Rehn und Hautala zusammen mit dem Grünen Pekka Sauri im Januar 2003 ein Seminar zur „Nachlaßverwaltung der Nation“, das das Gründungsseminar eines Bürgerforums mit der Aufgabe der Neubewertung der jüngsten Vergangenheit werden soll. Das Motto des Seminars, „eine Nation kann ihrer Zukunft nicht erfolgreich begegnen, wenn sie mit ihrer Vergangenheit nicht abgerechnet hat“, verdeutlicht, worum es von nun an ging. Die „Legende“ der vernünftigen Ostpolitik Finnlands sollte durch eine Neubewertung ersetzt werden, die sowohl den Winterkrieg und das Zurückdrängen der sowjetischen Truppen in Tali-Ihantala während des 2. Weltkrieges als auch die Kunst der finnischen Diplomatie und die Rolle des Westens in Europa als Gegengewicht zur UdSSR in der Nachkriegszeit betont. Diese Aspekte sind nach Rehns Auffassung die Eckpfeiler für das Überleben Finnlands.<sup>16</sup>

Es handelt sich bei diesem Vorhaben jedoch lediglich um eine Erweiterung, nicht aber um eine Neubewertung der alten „Legende“. Wer „vernünftige Ostpolitik“ durch

<sup>12</sup> Vgl. dazu z. B. *Turun Sanomat* v. 24.11.2002; *Turun Sanomat* v. 26.1.2003

<sup>13</sup> Vgl. dazu Moran, John P.: *The Communist Tortures of Eastern Europe: Prosecute and Punish or Forgive and Forget?*, in: *Communist and Post-Communist Studies* 27(1994)1, S. 95–109.

<sup>14</sup> So Olli Rehn z. B. in: *Suomen Kuvalehti*, Nr. 38/2002 (20.9.2002), S. 62f. und in der Sendung „A-Talk“ des finnischen Rundfunks am 2.10.2002. Vgl. dazu auch *Turun Sanomat* v. 19.1.2003; *Turun Sanomat* v. 20.1.2003.

<sup>15</sup> Hautala, Heidi: *Totuuskomissio – vai kaksi?* [Eine Wahrheitskommission – oder zwei?], in: *Turun Sanomat* v. 31.1.2003, S. 2.

<sup>16</sup> So Rehn in: *Helsingin Sanomat* v. 19.1.2003; Vgl. Larmola, Heikki: *Sowjetisierung oder Neutralität? Warum Finnland nicht den Weg der Tschechoslowakei ging*, in: Manfred Wilke (Hg.): *Anatomie der Parteizentrale: die KPD/SED auf dem Weg zur Macht*, Berlin 1998, S. 501–523.

„Kunst der Diplomatie“ ersetzt, bietet nur alten Wein in neuen Schläuchen an. In der erweiterten Definition aber ist wichtig, daß Finnland zum „Westen“ gehört und somit dazu beigetragen hat, die Expansion der UdSSR zu verhindern. Deshalb mußte auch Tali-Ihantala miteinbezogen werden, weil so deutlich wird, daß Finnland sowohl militärisch wie diplomatisch gegen sowjetische Einflüsse gekämpft hat. Die *Finnlandisierung* wird damit als vernünftige Strategie interpretiert, die die „ewige“ Westverbundenheit Finnlands betonen soll – ein beispielloses, politisches Handbremse-Ziehen in voller Fahrt, das aber im Einklang mit der politischen Neuorientierung seit 1990 steht.

Was in Berichten zu dem Seminar besonders ins Auge sticht, ist die Rede von Seppo Hentilä, der an der Universität zu Helsinki als Professor der politischen Geschichte tätig ist. Darin behauptete Hentilä wortwörtlich: „Falls die Archive des KGB geöffnet werden würden, würden wir uns gegenseitig zu zerreißen anfangen“. Er selbst als Historiker versuche, die Dinge mit dem richtigen Maß zu betrachten – was vor 30 bzw. 40 Jahren stattgefunden hat, sollte unter Berücksichtigung der damaligen Umstände bewertet und beurteilt werden.<sup>17</sup> Hentiläs Behauptungen sagen viel darüber aus, wie die Finnen mit ihrer Vergangenheit umgehen und welche Berührungspunkte manche Ausschnitte ihrer Vergangenheit wecken. Typisch für die Diskussion um Ruis angebliche Stasi-Zusammenarbeit war nämlich gerade der Versuch, den Fall als juristisches *Einzelproblem* anzusehen.

### 3. Der Fall Finnland: Versuch einer Analyse

Vier Aspekte sollen bei dem Versuch einer Gesamtanalyse der dargestellten Diskussion hervorgehoben werden.

1. Es muß deutlich betont werden, daß immer noch unklar ist, wer sich eigentlich hinter dem Aktenzeichen XV/11/69 verbirgt. Ob man das je erfahren wird, ist ungewiß. Alpo Ruis Bruder, Jukka Ruis, hat zwar zugegeben, daß er in den Jahren 1973–1977 Material sowohl an die DDR als auch an die Sowjetunion geliefert hat. Ob dieses Material allerdings mit dem des XV/11/69 übereinstimmt, ist nicht bekannt.<sup>18</sup>

2. Betrachtet man die Aufarbeitung der Stasi-Fälle in Finnland, dann fällt auf, daß sie fast ohne Darstellung der Hintergründe, das heißt der Rolle der Stasi als Teil des SED-Systems, vollzogen worden ist.<sup>19</sup> Die ganze Aufarbeitung folgte ohne Auseinandersetzung mit dem jeweiligen System, für das die aufgedeckten Informanten gearbeitet hatten. Ein nicht zu unterschätzender Grund liegt in dem breiten, ja fast flächendeckenden Desinteresse der finnischen Wissenschaft an der DDR. Damit bestimmten die Journalisten das Vorgehen, was zu einer Fokussierung auf die finnischen Stasi-Informanten führte. Diese Fokussierung selbst war nicht falsch, dabei entstand aber ein deutliches Ungleichgewicht.

---

<sup>17</sup> Turun Sanomat v. 19.1.2003

<sup>18</sup> XV/11/69 soll zwischen 1969 und 1976 Material an die Stasi geliefert haben, was zeitlich gesehen nicht identisch mit Jukka Ruis Tätigkeit ist. Vgl. dazu auch: Suomen Kuvalehti, Nr. 40/2002 (4.10.2002), S. 17.

<sup>19</sup> Ich selbst habe in meinem Beitrag „Stasin ulkomaantiedustelun arkisto tuhottiin pääosin vuosina 1989–1990: Suomalaisvakoojienkin jäljille on vaikea päästä [Das Archiv der HV A wurde 1989–1990 größtenteils zerstört. Den finnischen Spionen auf die Spur zu kommen, ist eine schwierige Aufgabe]“, in: Turun Sanomat v. 24.9.2002, S. 2 versucht, diese Schieflage zu korrigieren.

3. Es gibt eine merkwürdige Diskrepanz zwischen den ersten zwei Fällen und dem Fall Rusi. In beiden ersten Fällen ging es tatsächlich um die Frage, was die Stasi eigentlich von ihnen wollte und weshalb sie die Zusammenarbeit aufgenommen hatten. Beide Informanten wurden interviewt, und sie sprachen offen über ihre Tätigkeit. Damals erhob aber niemand seine Stimme, um eine „Nachlaßverwaltung der Nation“, eine „Wahrheitskommission“ oder ähnliches zu fordern. Die ersten zwei Fälle lösten meines Erachtens eine relativ nüchterne Diskussion über die Auswirkungen der DDR auf Finnland aus, und somit fand eine, wenn auch begrenzte Aufarbeitung in der zweiten Dimension der erweiterten Auffassung statt. Jedoch gewinnt man den Eindruck, als hätten einige Finnen erleichtert aufgetatmet, als sich die Fälle als politisch „bedeutungslos“ erwiesen hatten.

Ganz anders verlief aber die Diskussion in dem bis dato letzten bekannt gewordenen Fall. Rusi selbst hat die Vorwürfe nur kurz zurückgewiesen,<sup>20</sup> sonst hat er sich völlig der Öffentlichkeit entzogen. In der Anfangsphase der Auseinandersetzung, im Spätsommer 2002, handelte es sich um eine juristische Aufarbeitung der Auswirkungen eines fremden Systems auf das finnische. Dies änderte sich aber radikal, als sich Olli Rehn einschaltete und die öffentliche Verteidigung seines Freundes Rusi aufnahm (Rehn ist kein Rechtswissenschaftler, geschweige denn Jurist). Fast alle von Rehns harten Vorwürfen blieben jedoch unbegründet, was den Schluss nahe legt, Rehns primäres Interesse gelte nicht der Aufklärung des Falles Rusi, sondern der Ablenkung des öffentlichen Interesses auf die Tätigkeit der *SuPo*. Daß Rehn selbst nicht glaubt, Rusi sei als Spion tätig gewesen, ist kein Argument. Seine aktive Rolle wirft viele Fragen auf, von denen nicht die unbedeutendste ist, weshalb Rehn, wenn er von Rusis Unschuld so überzeugt ist, beinahe Angst vor den Ergebnissen der Ermittlung zu haben scheint.

In diesem Prozeß spielt das von Rehn initiierte Seminar eine wichtige Rolle. Daß es als „Nachlaßverwaltung der Nation“ bezeichnet wurde, war ein cleverer Zug, weil damit das finnische System während des Kalten Krieges ins Visier geriet. Im Seminar ging es nicht mehr primär um die Auswirkungen eines fremden Systems auf Finnland, *sondern um eine Abrechnung mit dem heutigen Verständnis des alten, nationalen Systems*. Es sollte ein neues Gesamtbild, ja eine neue westorientierte Überlebenslegende entstehen, nach der Finnland aus eigener Kraft dem Schicksal zum Beispiel Estlands oder Ungarns entgehen konnte. Dieses Bild sollte nicht von ein paar Spionen getrübt werden. Daß damals nicht gerade wenige Finnen enge Kontakte zu sozialistischen Ländern hatten, gehörte nicht zum Thema. Diese seien als Einzelfälle zu betrachten, die es zu ermitteln, gegebenenfalls juristisch zu verurteilen und danach möglichst bald zu vergessen gelte. Ein einziges Problem blieb bestehen: die sowjetischen Archive, deren Inhalte weitgehend unbekannt sind. Anscheinend fürchtet man, daß die dort möglicherweise auftauchenden Namen politisch „mißbraucht“ werden könnten. Die Situation ähnelt jener in der BRD der 60er Jahre, als junge Leute ihre Eltern zu fragen begannen, was sie während des Krieges getan hatten, und das Beantworten dieser Fragen zu weiteren, vielleicht noch unangenehmeren Fragen führen konnte. So sollten die Archive in den Augen der Veranstalter des Seminars also besser geschlossen bleiben, und falls das nicht möglich ist, sollte das Material nicht „überinterpretiert“ werden. Es geht also nicht nur um die Vergangenheit, sondern auch um die politische Macht. Wie Orwell einmal sagte: „Wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft“.

---

<sup>20</sup> In: Suomen Kuvalehti, Nr. 37/2002 (13.9.2002), S. 6f. und erneut in: Suomen Kuvalehti, Nr. 7/2003 (14.2.2003), S. 54f.

4. Die Betrachtung Finnlands verdeutlicht, daß die Aufarbeitung der Vergangenheit auch für jene Länder von Bedeutung ist, die keinem umfassenden (politischen) Systemwechsel unterliegen. Der Fall Finnland zeigt, daß das, was als eine (beschränkte) Aufarbeitung der Auswirkungen eines fremden Systems auf das eigene begann, in eine breitere, das alte, nationale System miteinbeziehende Diskussion münden kann. Für Finnland ist aber symptomatisch, daß die Berührungängste mit der eigenen Vergangenheit die Diskussion implizit und explizit beschränken. Die breite Öffentlichkeit scheint nur ein geringes Interesse an diesem Prozeß zu haben – es handelt sich viel mehr um einen Vorgang innerhalb der politischen Elite. Ob sich die Neuinterpretationsversuche der jüngsten finnischen Vergangenheit durchsetzen, bleibt offen. Was aber auch weiterhin unbeantwortet bleibt, sind die Motive hinter der oben geschilderten Diskussion.<sup>21</sup> Ein wichtiges Problem, auf das hier nicht ausführlicher eingegangen werden kann, ist die Tatsache, daß die Ära Kekkonen, die den historischen Rahmen dieser Diskussion darstellt, keineswegs die einzige „kanonisierte“ Periode der finnischen Geschichte ist. Dasselbe gilt auch für das Jahr 1918, den finnischen Bürgerkrieg, dessen Ereignisse und Umstände in einem, noch im Anfangsstadium befindlichen Projekt, genauer erforscht werden sollen. Wie stark – und ob überhaupt – die Forschungen zu diesem Thema unser Geschichtsbild ändern werden, bleibt abzuwarten. Merkwürdigerweise hat die Stasi-Diskussion jedoch kaum Berührungspunkte mit diesem anderen Versuch, die finnische Vergangenheit aufzuarbeiten.

#### 4. Schluß

Ob die jüngste Diskussion und das Seminar den Anfang oder das Ende der finnischen Aufarbeitung bedeuten, werden erst die nächsten Monate (Jahre?) zeigen. Betrachtet man die vergangenen Auseinandersetzungen, fällt deren temporäre Natur ins Auge. Jede Gesellschaft braucht aber irgendeinen Konsens über ihre Vergangenheit. Dazu gehört auch, daß man die Schatten- und nicht nur die Sonnenseiten der eigenen Geschichte fundiert durcharbeitet und die einzelnen Fragmente in größere Rahmen stellt. Das heißt jedoch weder, daß man nach *der* Wahrheit sucht, noch daß man nur in der Geschichte lebt. Vielmehr geht es um einen ständigen Dialog mit der eigenen Vergangenheit.

Die in diesem Beitrag geschilderte finnische Diskussion verdeutlicht, daß die Aufarbeitung in Finnland schwierig ist und auch weiterhin nicht leicht fallen wird. Die ersten Schritte in diese Richtung sind eher tastend, ja unsicher gewesen. Diese hier erörterten Probleme verdeutlichen meines Erachtens aber auch, daß nicht nur Finnlands Vergangenheit, sondern auch die der anderen westeuropäischen Staaten einer Aufarbeitung bedürfen. Solche Prozesse könnte man auch als positive Beiträge zum Zusammenwachsen Europas verstehen.

---

<sup>21</sup> Unklar ist vor allem, ob Rehn und Alpo Rusi nach einer gemeinsamen Strategie handeln, was aber aufgrund ihrer Freundschaft anzunehmen wäre. Beide scheinen vorwiegend das *Rechtstaatslichkeitsprinzip* als *Hauptproblem* der Ereignisse zu betonen, nicht aber die Vergangenheit *an sich*.